

Ergebnisse und Perspektiven

Die in der Weimarer Republik wirkenden Einigungsbestrebungen sind als unmittelbare bzw. mittelbare Reaktionen auf die durch den Ersten Weltkrieg und die Friedensbemühungen maßgeblich geprägte, in sich vielschichtige Krisensituation Europas zu verstehen. Als unmittelbare und eigenwillige Antwort auf die durch den Aufstieg der USA und der Sowjetunion signalisierte Enteuropäisierung der Welt ist Coudenhove-Kalergis Entwurf eines ‚Paneuropa‘ anzusehen, mit dem Europas machtpolitischer Status quo ante, u. a. durch Rückgriff auf den Kolonialismus, restauriert werden sollte. Gedanke und Schlagwort eines ‚Paneuropa‘, das über den Wirkungsbereich der gleichnamigen Organisation hinaus den Sprachgebrauch der damaligen Europa-Diskussionen bestimmte, riefen ihrerseits weitere, mittelbare Reaktionen hervor.

Die relative Werbekraft des Paneuropa-Gedankens wie eine allgemeine europäische Verständigungsbereitschaft veranlaßten die Träger der eigentlich universalen Völkerbundsidee in der Mitte der zwanziger Jahre, als organisatorisches Aufgabebereich für europäische, gleichwohl völkerbundskonforme Tendenzen den Verband für europäische Verständigung zu gründen (Schücking) und zu fördern; mit seiner letztlich universalen Orientierung sollte er als gesellschaftliche Basis für eine ‚Verständigungspolitik‘ mit revisionistischer Zielsetzung dienen (Stresemann).

Einen Reflex auf den Paneuropa-Gedanken stellte auch die in den zwanziger Jahren organisierte Mitteleuropa-Bewegung dar; im Unterschied zu ‚Paneuropa‘ regional begrenzt, strebte sie zunächst unter liberalem Vorzeichen eine handelspolitische Revision der Nationalisierung des früheren Habsburger Reiches auf dem Wege des Anti-Protektionismus an. Ihre Aktivitäten wurden sogleich durch den Gegensatz zwischen Revisionisten und Anti-Revisionisten (den ‚Paneuropa‘ an der zentralen Stelle Deutschland – Frankreich zu überbrücken suchte) an der europäischen Peripherie, d. h. im Donaauraum, beeinträchtigt; Pläne für eine Donauföderation zwischen relativ gleichgewichtigen Staaten scheiterten an diesem internen Gegensatz ebenso wie an dem hinhaltenden, durch wirtschaftliche Maßnahmen unterstützten Widerstand Deutschlands.

Die zunächst im Überblick formulierte Charakteristik der konkurrierenden Einigungsbestrebungen gewinnt schärfere Konturen innerhalb des Spannungsfeldes wirtschaftlicher Interessen und amtlicher Politik. Völkerbundskonforme Programmatik und (potentielle) gesellschaftliche Basis des VEV entsprachen der von Stresemann instrumental angelegten ‚Verständigungspolitik‘ insbesondere gegenüber Frankreich; er hat daher den VEV auch gegen Widerstand innerhalb des AA, in anderen Ressorts und in wirtschaftlichen Spitzenverbänden entschieden und nach-

haltig gefördert; hingegen erfuhr das gegen die USA und die Sowjetunion gerichtete Kontinentalprogramm der PU keine Unterstützung.

In Stresemanns revisionspolitischer Linie nahmen ‚Anschluß‘-Forderung und ‚Mitteleuropa‘-Ambitionen eine nachgeordnete Priorität gegenüber der ‚Verständigungspolitik‘ ein; darum bemühte er sich mit verschiedenen, in jedem Falle nicht-öffentlichen Methoden (Ausbau wirtschaftlicher Bindungen, diplomatische Vorstöße, inhaltende Förderung der DÖAG und Beobachtung der Hantos-Bestrebungen im MWT), der deutschen Politik die Handlungsfreiheit im mitteleuropäischen Raum bis zum rechten Zeitpunkt zu bewahren.

Die Versuche der amtlichen Außenpolitik in der Ära Stresemann, auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Förderung der die ‚Verständigungspolitik‘ tragenden Verbände zu bewegen, schlugen im Falle des VEV, des Grautoffschen Projektes einer deutsch-französischen Rundschau fehl und führten nur in bezug auf die Deutsche Liga für Völkerbund zu einem gewissen Erfolg. Umgekehrt wies das AA unter Stresemann von industrieller Seite vorgetragene Wünsche nach Förderung internationaler wirtschaftlicher Projekte ab, und zwar nicht nur in bezug auf das im wesentlichen von schwerindustriellen Kräften getragene Deutsch-Französische Studienkomitee, sondern auch in bezug auf das vom exportorientierten Verband Sächsischer Industrieller und von sächsischen Handelskammern geplante Dresdner Mitteleuropa-Institut. Eine unmittelbare Abhängigkeit der Stresemannschen ‚Verständigungspolitik‘ von einer Resultante wirtschaftlicher Interessen läßt sich nicht nachweisen.

Zur Wahrung ihrer internationalen Interessen bediente sich die deutsche Wirtschaft generell wirtschaftsinterner Instrumente, so etwa der Internationalen Handelskammer (DIHT, RDI) und dessen später gegründeten ‚Donaubüros‘ sowie des Deutsch-Französischen Studienkomitees (RDI, besonders rheinisch-westfälische Schwerindustrie). Ausnahmen bildeten das Interesse des DIHT an der Deutschen Gruppe des MWT sowie das massive und frühzeitige Engagement der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in der DÖAG.

Der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie verfügte in den hier untersuchten Fragen internationaler Zusammenarbeit über erstaunlich geringe Manövrierfähigkeit. Interne Interessenkonflikte, so in der Handelspolitik zwischen einer am Meistbegünstigungsprinzip orientierten Handelsvertrags- und Exportförderungspolitik und einer auf Erhalt und Erweiterung des durch Schutzzölle und internationale Kartellierung garantierten Binnenmarktes gerichteten Politik, verurteilten ihn zur Immobilität, die ihm Zurückhaltung gegenüber den Europa-Verbänden auferlegte und ihn in einem Falle sogar zur Respektierung eines vom Deutsch-Französischen Studienkomitee gefaßten Beschlusses nötigte.

Größere Homogenität in der Interessenkonstellation ermöglichte es hingegen dem DIHT, aus der mit dem RDI zunächst vereinbarten Zurückhaltung gegenüber Europa-Verbänden auszuscheren und sich frühzeitig an der Deutschen Gruppe des MWT zu beteiligen.

Am einheitlichsten konnte die nach dem Verlust Oberschlesiens und anderer Regio-

nen auf Rheinland-Westfalen konzentrierte Schwerindustrie agieren, die im Langnam-Verein organisiert war. Mit dem Studienkomitee kontrollierte sie die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen, und ihr Konzept industriewirtschaftlicher Penetration (z. B. Österreichs) und Erweiterung des Binnenmarktes (Südosteuropa) verfolgte sie im Rahmen politischer und kultureller Verbände, und zwar bis 1931 in der DÖAG, deren Wirtschaftsausschuß sie monopolisiert hatte, und ab 1931 in der (gegen den Widerstand des DIHT) umorganisierten Deutschen Gruppe des MWT, in der nach massiven Maßnahmen der langjährige Vorsitzende und DDP-Politiker Gothein nur noch die Rolle eines Statisten spielte.

Die auffällige zeitliche Parallelität der Funktionalisierung der ursprünglich von gesellschaftlichen Kräften getragenen Europa-Verbände im Dienste der amtlichen Politik (Fusion von VEV und EZV in der Deutschen Liga für Völkerbund), der Wirtschaft (Umorganisation der Deutschen Gruppe des MWT) und eines forcierten Revisionismus (programmatische Schwenkung der PU) bildet das Ende eines langfristigen Prozesses, der durch die Weltwirtschaftskrise nicht hervorgerufen, sondern allenfalls beschleunigt wurde.

Die Instrumentalisierung des MWT als Organisation zur Vorbereitung einer von Deutschland dominierten Großraumwirtschaft im mittel- und südosteuropäischen Raum war u. a. Ergebnis eines seit 1926 zwischen Ruhrschwerindustrie und Großlandwirtschaft wiedererweckten Solidarprotektionismus. Das schwerindustriell-großagrarische Interessenkartell war somit auch in der Lage, die nationale und internationale Krise in Richtung auf eine Großraumwirtschaft auszunutzen. Das von großen Teilen des RDI und dem DIHT verteidigte Handelsvertragssystem der Weimarer Republik unterlag schließlich der zielstrebigsten Politik dieses Kartells.

Das Briand-Memorandum markiert insofern eine Zäsur in den europäischen Einigungsbestrebungen, als sein Scheitern eine ‚Vorgeschichte‘ gesamteuropäischer Verständigungsversuche von der unter dem Eindruck der Krise praktizierten Politik europäischer Regional-Lösungen (Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion, Tardieuplan, Donauföderation usw.) abteilt, als deren Extremfall die vom nationalsozialistischen Deutschland errichtete Großraumwirtschaft anzusehen ist.

Daten zur Organisationsgeschichte wichtiger Verbände

Bund für europäische Cooperation

- 1924/1925 In Verbindung mit der *Interparlamentarischen Union* entstanden in Frankreich, Großbritannien und Polen von Parlamentariern getragene *Comitees für europäische Interessengemeinschaft*, in Deutschland die *Interessengemeinschaft der europäischen Völker*, die sich als *Verband für europäische Verständigung* konstituierte.
2. 9. 1926 Nationale Komitees aus inzwischen 22 europäischen Ländern gründeten in Genf den *Bund für europäische Verständigung (Fédération pour l'Entente Européenne)*, Präsident wurde der französische Radikalsozialist und ehemalige Marineminister Emile Borel (1871–1956). Die Organisation wollte der Fortsetzung der mit den Locarno-Verträgen (1925) eingeleiteten „Politik der Versöhnung und der Verständigung“ in Europa den Weg bereiten.
24. 11. 1928 Die Gründung eines auch die französischen Anhänger der *Pan-europa-Union* einschließenden *Comité Français de Cooperation Européenne* gab den Anstoß zur Umgründung der Organisation in den *Bund für europäische Cooperation. Internationaler Bund der National-Comitees für europäische Cooperation*, der in 26 europäischen Ländern durch Sektionen vertreten war. Präsident blieb Emile Borel. Prof. Walther Schücking (DDP, Präsident des *Verbandes für europäische Verständigung* bzw. dessen Nachfolgeorganisation *Deutsches Comité für europäische Cooperation*) wurde einer der fünf Vizepräsidenten, Wilhelm Heile (DDP, geschäftsführender Präsident der deutschen Sektion) einer der beiden Generalsekretäre des *Bundes für europäische Cooperation*.
- 1931 Enge Zusammenarbeit und organisatorische Verflechtung mit der internationalen Völkerbund-Bewegung, vor allem mit der *British League of Nations Union*, führten zur Fusion des *Bundes für europäische Cooperation* mit dem *Weltverband der Völkerbundsligen*. Entsprechend gliederten sich die Nationalkomitees in die nationalen Völkerbund-Ligen ein, in Deutschland wurde das *Deutsche Comité für europäische Cooperation* zur Europa-Kommission der *Deutschen Liga für Völkerbund*.

Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft und Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft

Parallel zur österreichischen *Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß* arbeitete die *Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft* (Sitz: Wien), vor allem in ihrem Wirtschaftsausschuß, mit engem Kontakt zur österreichischen *Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie* sowie zum *Mitteuropäischen Wirtschafts-*

- 1927 tag an der Vorbereitung des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Als deutsche Komplementärorganisation entstand die *Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft für das Reich* (Sitz: München) aus dem Zusammenschluß mehrerer Landesgruppen, so der Landesgruppe Bayern (gegründet 1925) und der Landesgruppe Rheinland-Westfalen. Im Unterschied zu dem von den Parteien der Mitte und der SPD gestützten *Österreichisch-Deutschen Volksbund* war die *Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft* überwiegend von der politischen Rechten getragen, sie wurde sowohl von Kreisen der (vorwiegend bayerischen) Wirtschaft wie auch vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern finanziert.
- 1926–1931 Der Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen, später: *Reichswirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft* (Sitz: Düsseldorf), war durch Vertreter des von der Schwerindustrie beherrschten *Langnam-Vereins* unter dessen Geschäftsführer Max Schlenker besetzt.
- 1931 Als sich der *Langnam-Verein* führend an der Übernahme und Umorganisation der Deutschen Gruppe des *Mitteleuropäischen Wirtschaftstages* beteiligte, schied er aus der *Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft* aus.

Deutsch-Französisches Studienkomitee

- Mai 1926 Im Verlauf der Verhandlungen über die am 30. 9. 1926 geschaffene Internationale Rohstahlgemeinschaft gründete deren späterer Präsident, der luxemburgische Stahlindustrielle und Generaldirektor der A. R. B. E. D. (Acières Réunies de Burbach-Eich-Dudelange) Emile Mayrisch (1862–1928) das aus einer deutschen und einer französischen Gruppe bestehende *Deutsch-Französische Studienkomitee* (*Comité Franco-Allemand d'Information et de Documentation*), das der vorurteilsfreien Information und der Verständigung zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsführern (unter ihnen: Bruhn, RDI; Bücher, Deutsch, AEG; Diehn, Deutsches Kalisyndikat; Frowein, RDI; Hagen, HK Köln; Haniel, Gutehoffnungshütte; v. Mendelssohn, DIHT; Ernst Poensgen, Vereinigte Stahlwerke; v. Simson, I. G. Farben; v. Stauss, Deutsche Bank; Warburg, Bankhaus Max M. Warburg; v. Wilmowsky, Friedrich Krupp AG; Duchemin, Fougère, Théodore Laurent, Lyautey, Marlio, de Peyerimhoff, Romier), Politikern (unter ihnen: v. Papen; Seydoux) und Wissenschaftlern (unter ihnen: v. Beckerath, Bergsträsser, E. R. Curtius, Oncken, Schmidt-Ott; Lichtenberger, Siegfried) dienen wollte.
- 1926–1933 Es unterhielt dazu Informationsbüros in Paris (Leiter: Gustav Krukenberg) und Berlin (Leiter: Pierre Viénot) und veranstaltete bis 1930 Plenarsitzungen und Kommissionsbesprechungen. Präsident des Studienkomitees war bis zu seinem Tod Emile Mayrisch, dann alternierend der Vorsitzende der deutschen Gruppe Alfred von Nostitz-Wallwitz (sächsischer Minister a. D.) und Charles Laurent (ehemaliger französischer Botschafter in Berlin).
- Zwar kam die offiziöse Tätigkeit des Studienkomitees infolge der Weltwirtschaftskrise allmählich zum Erliegen, doch unternahmen noch 1932/33 einige Vertreter der im Studienkomitee inzwischen dominie-

renden elektrochemischen Industrie einen Verständigungsversuch mit dem Ziel u. a. einer deutsch-französischen Zollunion und einer Absprache über südosteuropäische Marktanteile.

Deutsche Liga für Völkerbund

17. 12. 1918 In der 1918 von Matthias Erzberger (Zentrum, 1919–1920 Reichsfinanzminister), Ernst Jäckh (1920 Gründer der Deutschen Hochschule für Politik) und Walther Schücking (DDP) gegründeten *Deutschen Liga für Völkerbund* konnten vor allem unter dem Nachfolger Erzbergers im Präsidentenamt der Liga, Johann Heinrich Graf Bernstorff (DDP, 1908–1917 deutscher Botschafter in Washington), ab 1922/23 die Vertreter eines nationalen Revisionismus aufgrund politischer und finanzieller Anlehnung an die amtliche Politik die Oberhand über pazifistische Gruppierungen (darunter: Prof. Ludwig Quidde) gewinnen.
- 1922/1923 In die zunehmend als Instrument amtlicher Politik fungierende Liga gliederten sich das *Deutsche Comité für europäische Cooperation* (↗ *Verband für europäische Verständigung*) als Europa-Kommission sowie der ↗ *Europäische Zoll-Verein* als Wirtschaftskommission ein.
- 1931

Deutsches Kartell für europäische Annäherung

- Um den Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Bewegung Deutschlands, vor allem zwischen dem am Völkerbund orientierten ↗ *Verband für europäische Verständigung* und dem Kontinentalprogramm der ↗ *PanEuropa-Union* ein Ende zu bereiten, vereinbarten unter dem Vorsitz von Paul Löbe (SPD, Präsident des Deutschen Reichstags) der *Deutsche Kulturbund* (↗ *Europäischer Kulturbund*), der ↗ *Europäische Zoll-Verein*, die *Paneuropäische Union Deutschland* und der *Verband für europäische Verständigung*, sich jeder gegenseitigen Polemik zu enthalten und die Arbeit zu teilen: So wollte sich die *Paneuropäische Union Deutschland* der Massenpropaganda widmen, während der *Verband für europäische Verständigung* sich auf die Werbung führender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft beschränken sollte. Aufgrund seiner inneren Gegensätzlichkeiten zerfiel das Kartell schon nach kurzer Zeit.
- Ende 1927/
15. 1. 1928
- 1928

Europäischer Kulturbund

- Er entstand als Vereinigung des *Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit*, der 1921 von Karl Anton Prinz Rohan in Wien gegründet wurde, und der *Fédération des Unions intellectuelles*.
- 1927/1928 Seine deutsche Sektion, der *Deutsche Kulturbund*, war am ↗ *Deutschen Kartell für europäische Annäherung* beteiligt.

Europäischer Zoll-Verein

- 1925 Nach Gründung eines *Comité international d'Union Douanière Européenne* (↗ *Union Douanière Européenne*) entstanden in einigen euro-

- 1926 päischen Ländern nationale Komitees, so in Deutschland auf Initiative von Edgar Stern-Rubarth, des Leiters des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus, der *Europäische Zoll-Verein*. Er förderte vor allem wissenschaftliche Arbeiten über die europäische Zollunion, die er vorwiegend in Beiträgen zu den Zeitschriften *Europa-Wirtschaft* (hrsg. von Wilhelm Grotkopp), *Europäische Wirtschaftsunion* (hrsg. von Christian Günther) und *L'Europe de Demain* sowie in einer Schriftenreihe veröffentlichte.
- 1927/1928 Er beteiligte sich am *↗ Deutschen Kartell für europäische Annäherung*
1931 und gliederte sich als Wirtschaftskommission in die *↗ Deutsche Liga für Völkerbund* ein.

Internationale Handelskammer

- 1919 Aufgrund eines Beschlusses, den europäische und amerikanische Wirtschaftsführer auf der Konferenz von Atlantic City (USA) gefaßt hatten,
Juni 1920 konstituierte sich in Paris die *Internationale Handelskammer* als Wirtschaftsorganisation der Alliierten des Ersten Weltkriegs. Sie nahm später auch Delegationen aus ehemaligen Gegnerstaaten auf und zählte schließlich nahezu alle Handelsorganisationen sowie namhafte Spitzenverbände der Industrie und des Bankwesens, daneben auch Einzelfirmen, vorwiegend aus den USA und Europa, aber auch aus anderen Erdteilen, zu ihren Mitgliedern.
- 1924/1925 Nach längeren Vorverhandlungen, die sich mit der Gründungsvorbereitung des politisch orientierten *↗ Verbandes für europäische Verständigung* und des *Bundes für europäische Verständigung* (*↗ Bund für europäische Cooperation*) überschnitten, wählte die *Internationale Handelskammer* deutsche Spitzenverbände (d. h. den Deutschen Industrie- und Handelstag, den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des Großhandels, den Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels) zu Mitgliedern, die sich unter Franz v. Mendelssohn (Präsident der IHK zu Berlin, 1921–1931 Präsident des DIHT, 1932 Präsident der *Internationalen Handelskammer*) als deutsche Landesgruppe konstituierten. Die Tätigkeit der *Internationalen Handelskammer* zielte zunächst auf die Verbesserung der Handelsbedingungen im Weltmaßstab, sie wandte sich jedoch im Verlauf der Wirtschaftskrise mehr den regionalen Problemen in Europa zu, was sich in der Gründung eines *Europa-Komitees* unter der Leitung des französischen Industriellen Henri de Peyerimhoff und in der Errichtung eines *Ständigen Büros für Donaufragen* niederschlug.
- 1930
1932

Langnam-Verein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen)

- 1871 Als einer der ältesten deutschen industriellen Interessenverbände gewann der *Langnam-Verein* eine dominierende Stellung innerhalb des
1876 *Centralverbandes deutscher Industrieller*, vorwiegend auch aufgrund seiner engen personellen und organisatorischen Verflechtung mit der

- 1924–1933 *Nordwestlichen Gruppe des Verbandes Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller*. Wenngleich er verschiedene Zweige der rheinisch-westfälischen Industrie und des Handels repräsentierte, so dominierten in ihm doch – vor allem in der Weimarer Republik – unter den Vorsitzenden Paul Reusch und Fritz Springorum sowie dem Geschäftsführer Max Schlenker die Interessen der binnenmarktorientierten Montan- und Schwerindustrie.
- 1926–1931 Vertreter des *Langnam-Vereins* besetzten den von Max Schlenker geleiteten Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen, den späteren *Reichswirtschaftsausschuß der ↗ Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft*, der die industrielle Verflechtung mit Österreich, so durch Erwerb der Österreichischen Alpine Montan AG, und mit Ländern Südosteuropas vorantreiben sollte.
- 1931 Der *Langnam-Verein* bildete die treibende Kraft bei Übernahme und Umorganisation der Deutschen Gruppe des ↗ *Mittleuropäischen Wirtschaftstages* durch Vertreter der deutschen Industrie und des Handels; die von Schlenkers Mitarbeiter Max Hahn vorgenommene Einrichtung einer *Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn* (Mitarbeiter: Alfred Sohn-Rethel) sicherte dem *Langnam-Verein* die bestimmende Position innerhalb des *Mittleuropäischen Wirtschaftstages* gegenüber Reichsverband der deutschen Industrie und Deutschem Industrie- und Handelstag.

Mittleuropäischer Wirtschaftstag

- 1925 Der *Mittleuropäische Wirtschaftstag* ging als dauernde Institution aus den alljährlichen *Mittleuropäischen Wirtschaftstagungen* hervor, die auf Initiative eines Komitees freihändlerischer Wirtschaftsfachleute und Politiker ab 1925 stattfanden (1926: Mittleuropäische Verkehrstagung; 1927: Mittleuropäische Fremdenverkehrstagung; 1928: Donaufragen; 1929: Mittleuropäische Wirtschaftstagung; 1930: Handelspolitische Einigung in Mitteleuropa; 1931: Mittleuropäische Agrartagung) und von Vertretern nahezu aller europäischen Länder besucht wurden. Er unterhielt *Mittleuropa-Institute* in Wien, Brunn, Dresden und Budapest, die vorwiegend von regionalen Industrie- und Handelskreisen sowie von nationalen Banken getragen waren.
- ab 1929/1930 Die von Georg Gothein (DDP, 1919 Reichsschatzminister, 1920–1924 MdR) geleitete *Deutsche Gruppe des Mittleuropäischen Wirtschaftstages* betrachtete es als ihre Aufgabe, den vorwiegend von Prof. Elemér Hantos (Ungarn), einem der Initiatoren der ↗ *Union Douanière Européenne*, verfolgten Ansätzen zu einem Deutschland vorläufig ausschließenden Präferenzsystem der Donaustaaten entgegenzutreten; dazu erhielt sie Rückhalt bei deutschen Industrie- und Handelskammern sowie Reisekostenzuschüsse aus dem Auswärtigen Amt.
- 1926–1931 Auf Initiative des ↗ *Langnam-Vereins* wurde unter Beteiligung von Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages die deutsche Organisation als *Mittleuropäischer Wirtschaftstag – Deutsche Gruppe* umgegründet und umorganisiert; neben Tilo Frhr. v. Wilmowsky (Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland, stellvertretender Aufsichts-
13. 2. 1931

ratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG) als dem Repräsentanten der Wirtschaft blieb auch Gothein weiterhin im Vorsitz der Deutschen Gruppe.

1. 8. 1931 Auf Betreiben des Geschäftsführers des *Langnam-Vereins*, Schlenker, errichtete Max Hahn die *Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn*, die die Linie der Schwerindustrie innerhalb der Deutschen Gruppe durchsetzte. An der Finanzierung der Deutschen Gruppe beteiligten sich ab 1931 auch der Reichsverband der deutschen Industrie und das Auswärtige Amt.

Österreichisch-Deutscher Volksbund

- 1918/1919 Der *Österreichisch-Deutsche Volksbund* (Sitz: Berlin) entstand aus einem Arbeitsausschuß zur Herbeiführung des Anschlusses; er widmete sich unter dem Vorsitzenden Paul Löbe (SPD, Präsident des Deutschen Reichstages 1920–1932, Vorsitzender der deutschen Sektion der *Paneuropa-Union* 1926–1928, Vorsitzender des *Deutschen Kartells für europäische Annäherung* 1927/28) sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Heile (DDP, geschäftsführender Präsident des *Verbandes für europäische Verständigung*) und Prof. Otto Hoetzsch (DNVP) der Massenpropaganda für den Anschluß Österreichs.
- 1925 Eine österreichische Parallelorganisation (Sitz: Wien) wurde 1925 gegründet.

Paneuropa-Union

1. 10. 1923 Die *Paneuropa-Union* wurde von Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894–1972) in Wien gegründet; sie unterhielt Landesgruppen in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn und den USA und veranstaltete Paneuropäische Kongresse in Wien (1926), Berlin (1930) und Basel (1932).
- 1926–1928 Die *Paneuropäische Union Deutschland* fand anfänglich Anhänger in den Parteien der bürgerlichen Mitte und beim rechten Flügel der SPD; Vorsitzender: Paul Löbe (bis 1928); der (auch finanzielle) Einfluß aus Kreisen von Industrie und Banken blieb jedoch durchgehend beherrschend, während die deutsche amtliche Politik der Paneuropa-Union zu keiner Zeit Subventionen gewährte. Nach jahrelangen Differenzen zu dem von Stresemann unterstützten *Verband für europäische Verständigung* beteiligte sich auf Betreiben Löbes die *Paneuropäische Union Deutschland* am *Deutschen Kartell für europäische Annäherung*; nach dem Rücktritt Löbes vom Präsidium der *Paneuropäischen Union Deutschland* übernahm Coudenhove-Kalergi selbst die Führung der deutschen Organisation.
- 1927/1928

Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa

- 1930 Die von Wilhelm Gurge in Berlin gegründete Studiengesellschaft veranstaltete Diskussionsabende und Vortragsreihen; einzelne Vorträge

sind veröffentlicht in: Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, hrsg. von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp, Berlin 1931.

Union Douanière Européenne

- 1924/1925 Eine kleine Gruppe internationaler Volkswirtschaftler, Politiker und Publizisten, unter ihnen Prof. Ludwig Stein (Deutschland), Prof. Irving Fisher (USA), Prof. Charles Gide (Frankreich) und Prof. Elemér Hantos (Ungarn), einer der Promoter des *↗ Mitteleuropäischen Wirtschaftstages*, richteten an den Völkerbund sowie an die Öffentlichkeit einen Appell, die Zersplitterung Europas in hochprotektionistische nationale Wirtschaftsgebiete durch Schaffung einer europäischen Zollunion zu überwinden.
- 1925 Unter dem Vorsitz des französischen Linksrepublikaners Yves Le Trocquer (1877–1938, seit 1920 *Ministre des travaux publics*) entstand als koordinierendes Zentrum das *Comité international d'Union Douanière Européenne* (später: *Comité international d'Union Economique et Douanière Européenne*), das die entstehenden nationalen Komitees Deutschlands (*↗ Europäischer Zoll-Verein*), Ungarns, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Polens, der Tschechoslowakei sowie der USA beim Völkerbund, beim Internationalen Arbeitsamt, der *↗ Internationalen Handelskammer* und anderen internationalen Organisationen repräsentierte und dabei Memoranden ausarbeitete, so für die Wirtschaftskonferenzen in Genf 1927 und in London 1933.
- 1926–1930 Internationale Kongresse veranstaltete die *Union Douanière Européenne* in Paris 1930 und in Brüssel 1935; ihr Publikationsorgan war die Zeitschrift *L'Europe de Demain*.

Verband für europäische Verständigung

- 1924/1925 Im Zuge der Auseinandersetzungen um das europäische Kontinentalprogramm der *↗ Paneuropa-Union* entstand auf Initiative der Reichstagsabgeordneten Johannes Giesberts (Zentrum), Graf Lerchenfeld (BVP), Paul Löbe (SPD), Werner Frhr. von Rheinbaben (DVP) und Walther Schücking (DDP) eine am Völkerbundsgedanken orientierte *Interessengemeinschaft der europäischen Völker*, die über die *Interparlamentarische Union* mit den in Frankreich (unter dem Präsidenten der *Chambre des Députés*, Paul Painlevé), Großbritannien und Polen entstandenen *Comitees für europäische Interessengemeinschaft* in Verbindung stand. Die auch vom Auswärtigen Amt favorisierte, von Alfred Nossig betriebene Schaffung eines *Europäischen Komitees für wirtschaftliche Kooperation* unter Beteiligung deutscher Industrieller und Bankiers scheiterte am Widerstand der Spitzenverbände, die sich für den Beitritt der *↗ Internationalen Handelskammer* entschieden hatten. Die Interessengemeinschaft konstituierte sich daraufhin unter dem Vorsitz von Prof. Walther Schücking (1875–1935, DDP, MdR 1920–1928, Prof. für Völkerrecht in Berlin 1921–1926, in Kiel 1926 bis 1933, Richter am Internationalen Gerichtshof Den Haag 1932 bis 1935, Mitbegründer und Vizepräsident der *↗ Deutschen Liga für Völ-*

- kerbund) und Wilhelm Heile (DDP, MdR 1920–1924, Vizepräsident des *↗ Österreichisch-Deutschen Volksbundes*) als *Verband für europäische Verständigung*. Er versuchte die öffentliche Meinung in Deutschland für die von Stresemann verfolgte „Verständigungspolitik“ zu gewinnen und erhielt dafür laufend aus dem Auswärtigen Amt hohe Subventionen, ab 1929 im Rahmen der Beiträge für die *Interparlamentarische Union*. Er beteiligte sich in Genf an der Gründung des *Bundes für europäische Verständigung* sowie an dessen Umgründung in den *↗ Bund für europäische Cooperation*; der Verband nahm daraufhin die Bezeichnung *Deutsches Comitee für europäische Cooperation* an.
- Die andauernden Differenzen mit der *Paneuropa-Union* ließen sich auch nicht durch die vom Verband vorbereitete Vereinbarung über ein *↗ Deutsches Kartell für europäische Annäherung* dauerhaft beilegen. Das *Deutsche Comitee für europäische Cooperation* arbeitete seitdem enger mit der Völkerbundsbewegung zusammen. Als im Zuge der Haushaltskürzungen die amtliche Subvention drastisch reduziert wurde, gliederte sich das Deutsche Comitee als Europa-Kommission in die *↗ Deutsche Liga für Völkerbund* ein.
- Frühjahr 1926
2. 9. 1926
24. 11. 1928
- 1927/1928
- 1931